Grün bringt Geld und Geltung*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 24. September 2023

Beat Gygi **(Red. WELTWOCHE Zürich)***

Grün bringt Geld und Geltung

Klimaziele sind ein bewährtes Mittel zur Tarnung im Umverteilungskampf.

==========

Argumentieren mit grünen Zielen wurde vom Volk zerzaust. Soeben hat das Walliser Stimmvolk nein gesagt zur beschleunigten Genehmigung und Realisierung grosser Solaranlagen. Der sogenannte Solarexpress, der Schweizer Landschaften unzimperlich überrollen sollte, stockt.

Bei der Windenergie zeichnet sich ebenfalls hartnäckiger Widerstand gegen Ausbaupläne mit Riesenpropellern ab. Solarpflicht für alle Dächer scheiterte auch. Viele grüne Projekte stecken noch in den Anfängen, so dass man von andern Ländern lernen kann.

Ein Blick nach Deutschland zeigt, welch gewaltige Nebenwirkungen grüne Politik mit sich bringt – nicht nur für die Natur, sondern auch für die gesellschaftliche Stimmung und den Wohlstand. Die hohen Energiepreise sowie die Hochkosten-Klimavorschriften und Verbote machen Menschen ärmer, verdrossener und vertreiben Unternehmen und Investoren aus dem Land. Solar- und Windanlagen entwerten ganze Landschaften.

Ist das jetzt einfach ein klassisches Spannungsverhältnis zwischen Umweltschutz und Wohlstand? Gibt es einen unumgänglichen Widerstreit zwischen den grünen Massnahmen gegen den Klimawandel und möglichst rentablem Wirtschaften? Können die Grünen also sagen: Wer gegen unsere Anliegen ist, ist gegen den Schutz von Umwelt, Natur, Klima?

Nein, bei den grünen Zielen geht es nicht nur um die Umwelt, sondern zugleich um andere Ziele, Nebenziele verschiedenster Art. Die Kombination lautet: Umwelt und Umverteilung, ja oft vor allem Umverteilung.

Wie erkennt man das? Wenn Subventionen mit im Spiel sind, ist die

Wahrscheinlichkeit gross, dass Klimaziele vorgeschoben werden, um an staatliche Zuwendungen zu gelangen. Die beschleunigte Genehmigung von grossen Solaranlagen ist lukrativ, weil üppige Subventionen (bis 60 Prozent der Investitionen) winken, sofern die Anlage bis 2025 fertig ist.

Überhaupt – der ganze Ausbau der Kapazitäten für Wind und Solar sowie die Gebäudeumrüstung sind mit Subventionsversprechen versehen. Ein Umweltfonds zieht Firmen magisch an. Aus dieser Sicht sind grüne Ziele nützlich fürs Nebenziel Geldgier.

Aus anderer Sicht auch für das Nebenziel Geltungsdrang: Politiker und Klimaaktivisten erzielen mit radikalen Forderungen nach einem Emissionsstopp und Fleischverboten oder durch das Sich-auf-Strassen-Kleben öffentliche Aufmerksamkeit, die in ihren Kreisen eine wichtige Währung ist, der Lohn für die gewagte Show. Klimaziele lassen sich leicht für eigene Interessen missbrauchen.

Soll man denn nichts tun fürs Klima? Es wird schon viel getan. Unternehmen sind ins europäische System für den Handel mit CO2-Emissionen eingebunden, da werden negative Umweltwirkungen mehr oder weniger abgegolten. Das ist grün ohne grosse Neben- und Hintergedanken.

…

==========

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHE Zürich : | Die Weltwoche, 14.09. 2023, S.50 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHE und dem Autor **Beat Gygi** für die Gestattung der Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : http://www.weltwoche.ch/; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion. Dabei: Von dem o.a. WeWo-Aufsatz ist hier nur der erste Teil übernommen – betr. „Grün bringt Geld“.*

==========

Gesundheit: Energiewende schlägt Umweltschutz – mal wieder*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 24. September 2023

==========

Dagmar Jestrzemski (Red. PAZ)*

Im Streit um die giftige „Ewigkeitschemikalie“ PFAS

offenbart sich die Doppelbödigkeit der „grünen“ Transformation in der EU

==========

Aufgrund einer Initiative von Deutschland, Dänemark, den Niederlanden, Norwegen und Schweden bereitet die EU eine Beschränkung der Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) vor, einer großen Klasse von einigen Tausend synthetischen Industriechemikalien. Im Zuge eines umfassenden REACH (Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals)-Beschränkungsprozesses ist ein Verbot aller bisher wesentlichen PFAS in der EU bereits 2025 möglich.

Von März bis September führt die europäische Chemikalienbehörde ECHA (European Chemical Agency) eine sechsmonatige öffentliche Anhörung zu PFAS durch. Diese als giftig geltenden Substanzen kommen in der Natur nicht vor und sind wasser-, schmutz- und fettabweisend. Da sie weder durch Wasser, Wärme oder Bakterien abbaubar sind, werden sie auch als „Ewigkeitschemikalien“ bezeichnet. Ein Verbot könnte innovativen Alternativen den Weg bereiten. Doch während Umweltverbände und das Umweltministerium ein baldiges Ende von PFAS fordern, plädiert Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) für einen „differenzierten Umgang“ mit dieser Chemikaliengruppe, da es für die Anwendung in den „Schlüsseltechnologien auf dem Weg zur Klimaneutralität“ derzeit keine Alternativen gebe. Desgleichen warnten die Verbände der Autoindustrie (VDA), der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI) und des Maschinenbaus (VDMA) davor, dass für die Energie- und Mobilitätswende bei einem umfassenden Verbot eine „Vollbremsung“ drohe.

Schwere Schäden befürchtet

Die häufigsten Anwendungen von PFAS in Alltagsprodukten sind Oberflächenbehandlungen von Textilien, Metallen und Kunststoffen sowie Papier- und Kochgeschirrbeschichtungen. Für viele industrielle Produkte sind sie hochrelevant, so als Komponenten bei der Herstellung von Schmiermitteln, Bremsflüssigkeit, Pflanzenschutz- und

Feuerlöschschäumen, Halbleitern und Kabeln.

PFAS reichern sich in der Umwelt, in den Nahrungsketten und im Menschen an. Sie sind ubiquitär, also überall verbreitet. Mehrere Studien kamen zu dem Ergebnis, dass diese Industriechemikalien gesundheitsschädigend sein können. So könnten PFAS Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit haben, Entwicklungsstörungen bei Kindern verursachen oder das Risiko für einzelne Krebsarten erhöhen. Trotzdem gibt es keine Regeln, die den Gebrauch und die Entsorgung von PFAS systematisch erfassen und begrenzen.

Zunehmend größere Mengen von teils hochgiftigen PFAS werden infolge der sogenannten klimaneutralen Energieversorgung und bei der E-Mobilität produziert und eingesetzt. Ohne PFAS seien Produktion und Betrieb von E-Autos, Wärmepumpen, Lithium-Ionen-Batterien, Energiespeichern und Wasserstofftechnologien derzeit nicht möglich, erklären Branchenvertreter.

Für Wärmepumpen stehen als Alternative natürliche Kältemittel zur Verfügung, doch die Heizungsbauer wehren sich gegen eine baldige Umstellung. In den Schaltanlagen der Windräder wird das als höchst klimaschädlich geltende Gas Schwefelhexafluorid (SF6) verwendet. Deutschland ist der größte SF6-Emittent Europas. PFAS sind in großer Menge in den Verbundstoffen der bis zu 80 Meter langen Rotorblätter der Windräder und in deren Beschichtung vorhanden. Bei dem Zerlegung ausgedienter Rotorblätter vor Ort und in noch größerem Umfang bei der Sprengung von Windrädern gelangen PFAS-kontaminierte Partikel in den Boden, der anschließend landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar ist. Stillschweigend hingenommen wird auch der Eintrag von giftigem Mikroplastik durch den Oberflächenverschleiß der Rotorblätter in den Boden und in die Meere.

„Nachhaltiger Umbau“ misslungen

Laut der EU-Agentur ECHA könnten ohne einschränkende Maßnahmen allein in der EU in den kommenden 30 Jahren bis zu 4,4 Millionen Tonnen PFAS in die Umwelt gelangen. Unklar ist, mit welchem Anteil die dezentrale Stromerzeugung durch Naturenergien, zukünftige Wasserstoffproduktion und die E-Mobilität dabei berücksichtigt sind. Die Politik hat für das Ziel der sogenannten Transformation etliche schwerwiegende Nebenwirkungen in Kauf genommen, darunter auch, dass sich die „Ewigkeitsgifte“ in exponentiell gestiegenem Umfang in der Umwelt angereichert haben. Auch aus den Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände geht hervor, dass ihr jeweiliges Geschäftsmodell aus dem Bereich der „grünen Technologien“ Vorrang vor einer sauberen Umwelt hat.

Politiker und Wirtschaftsvertreter sollten die jetzt aufgekommene Diskussion als Weckruf verstehen und bekennen, dass der im Green Deal der EU festgeschriebene „nachhaltige Umbau“ nicht gelungen ist. Schon die Bezeichnung ist aufgrund der bekannten Tatsachen widersinnig.

==========

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 18. August 2023, S.7; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzemski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : **https://www.preussische-allgemeine.de/** ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

==========

Erderwärmung: Die unterschätzte Rolle der Bodenversiegelung*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 24. September 2023

==========

Wolfgang Kaufmann (Red. PAZ)*

Wo die Sonne auf Beton statt auf Grün trifft, wird es naturgemäß besonders heiß. Dies wird auch dazu missbraucht, um besonders alarmierende Messwerte zu erlangen, wie eine US-Studie herausfand

==========

Ob tatsächlich eine signifikante und damit auch relevante Erderwärmung oder gar „Erderhitzung“ stattfindet, ist stärker umstritten, als die Klima-Alarmisten wahrhaben wollen: Mittlerweile hadert sogar **der neue Vorsitzende des UN-Weltklimarates IPCC, James Skea**, mit den permanent beschworenen Untergangsszenarien, und der Physik-Nobelpreisträger von 2022, John F. Clauser, äußerte kürzlich: ***„Ich kann getrost sagen, dass es keine echte Klimakrise gibt.“***

Allerdings lässt sich ein Umstand nicht ignorieren: Dort, wo mehr Menschen leben, ist es tatsächlich wärmer. So liegen die Temperaturen auf der Nordhalbkugel der Erde, die 90 Prozent der Bewohner unseres Planeten auf 68 Prozent der globalen Landmasse beherbergt, zweifelsfrei höher. Das resultiert aber weniger aus dem Stoffwechsel des Homo sapiens – jeder Vertreter unserer Spezies produziert kontinuierlich rund 100

Watt Körperwärme – als aus dem zivilisatorisch bedingten Flächenfraß.

Denn eine naturbelassene und mit Vegetation bedeckte Fläche wird im Vergleich zu bebautem beziehungsweise mit Asphalt, Beton oder Pflastersteinen versiegeltem Land deutlich weniger heiß. Konkrete Messungen hierzu ergaben: Bei 34 Grad Lufttemperatur beträgt die Oberflächentemperatur von Rasenflächen rund 30 Grad, wohingegen sich die benachbarten Gehwege und Straßen auf 50 Grad aufheizen. Ähnlich dürften die Werte auf Dächern sein. Der Temperaturunterschied zwischen natürlichen und künstlich gestalteten Flächen liegt also im Durchschnitt bei 20 Grad, wenn draußen sommerliche Wärme herrscht.

Auch Immigration treibt Flächenfraß

Vor diesem Hintergrund kann man es nur als ausgesprochen nachteilig bezeichnen, dass der Flächenfraß in Deutschland derzeit ein Ausmaß von 58 Hektar pro Tag angenommen hat. Der größte Teil, nämlich 40 Hektar, geht dabei auf das Konto des Wohnungsbaus sowie der Schaffung von Industrie- und Gewerbeflächen. So verschlingt die geplante Ansiedlung der beiden Halbleiterwerke des US-Herstellers Intel bei Magdeburg nicht nur Rekordsubventionen in Höhe von 3,3 Millionen Euro pro Arbeitsplatz, sondern auch 450 Hektar Land, darunter 380 Hektar bester Börde-Ackerboden.

Weitere zehn Hektar am Tag fallen neuen Freizeit- und Erholungseinrichtungen zum Opfer. Dazu kommen außerdem noch acht Hektar täglich für die Erweiterung der Verkehrsflächen – obwohl diese hierzulande momentan recht schleppend verläuft.

Allerdings betrug der Flächenfraß in Deutschland im Jahre 1900 noch 130 Hektar innerhalb von 24 Stunden und sank hernach kontinuierlich bis 2015 auf 50 Hektar pro Tag. Dann sorgte unter anderem der massenhafte Zustrom von Immigranten für einen erneuten Anstieg des Flächenverbrauches: 3,6 Millionen eingereiste „Schutzsuchende“ oder solche, die vorgaben, welche zu sein, benötigten Unterkünfte und eine entsprechende Infrastruktur zur Versorgung, wodurch zahlreiche neue Hitzeinseln in Stadt und Land entstanden.

Das gilt analog für **die Energiewende**. Die riesigen Solar- und Windparks, die „ökologisch“ produzierten Strom liefern und Gas-, Kohle- oder Kernkraftwerke überflüssig machen sollen, **beanspruchen ebenfalls zunehmend mehr Land, auf dem vorher Gräser, Büsche und Bäume wuchsen und als natürliche Thermostate fungierten.**

Daran ändert auch der „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“ nichts, den die EU-Kommission im September 2011 an das Europäische Parlament, den EU-Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie den Ausschuss der Regionen schickte. So ist das darin gesteckte Ziel, „die Landnahme so zu reduzieren, dass bis 2050 netto kein Land mehr verbraucht wird“, bei einer Fortsetzung der derzeitigen Migrations- und Energiepolitik absolut illusorisch.

96 Prozent der Stationen „gestört“

Der Flächenfraß gerät aus naheliegenden Gründen heute kaum ernsthaft zum Thema in den Medien, dennoch müssen seine Folgen nun dazu herhalten, die Klimapanik weiter zu befeuern. Das geschieht durch eine gezielte oder zumindest fahrlässig vorgenommene falsche Platzierung von Temperaturmessgeräten an Standorten, welche sich rasch aufheizen. Auskunft hierüber gibt unter anderem eine Studie des ehemaligen US-amerikanischen Radio- und Fernsehmeteorologen Anthony Watts, welche 2022 von der konservativ-liberalen Denkfabrik The Heartland Institute herausgegeben wurde und den Titel trägt: „Corrupted Climate Stations. The Official U.S. Temperature Record Remains Fatally Flawed“ (Beschädigte Klimastationen. Die offizielle Temperaturerfassung in den USA bleibt fatal fehlerhaft).

Darin wird gezeigt, dass **96 Prozent der 8700 Mess-Stationen des Cooperative Observer Program (COOP) des Nationalen Wetterdienstes (NWS) der Vereinigten Staaten zur Erfassung von Werten zum Nachweis des angeblichen Klimawandels nicht den Standards der staatlichen Wetter- und Ozeanographiebehörde für eine „akzeptable“ und „unverfälschte“ Datengewinnung entsprechen.**

Dies resultiert daraus, dass sie in zu großer Nähe zu wärmeproduzierenden oder wärmespeichernden Objekten stehen, wobei zu den Letzteren eben auch Gebäude, Parkplätze, Straßen, Mauern und ähnliches zählen. Seine Aussagen belegt Watts unter anderem mit zahlreichen eindeutigen Fotos von Messstationen quer durch die USA, vielfach aufgenommen mit Wärmebildkameras, welche die übermäßige Aufheizung in der Nähe der Thermometer auf das Eindrücklichste zeigen, wonach er dann außerdem noch zu dem Fazit gelangt, **dass die Daten der wenigen „ungestörten“ Stationen „nicht auf eine Klimakrise hindeuten“.**

Dabei dürften die Verhältnisse in der dicht besiedelten Bundesrepublik ganz ähnlich sein. Das zeigt unter anderem der Skandal um den angeblichen „deutschen Allzeit-Hitzerekord“ vom 25. Juli 2019. Dem Deutschen Wetterdienst (DWD) zufolge betrug die Lufttemperatur in der Gemeinde Lingen im Emsland damals genau 42,6 Grad Celsius im Schatten. Allerdings lag die Messstation an einem ausgesprochen stark aufgeheizten Platz, was eindeutig gegen die Qualitätskriterien der World Meteorological Organization (WMO) verstieß.

==========

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 18. August 2023, S.12; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Wolfgang Kaufmann** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren

Artikeln : **https://www.preussische-allgemeine.de/** ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

==========

Energiepolitik: Die Wut der Ureinwohner auf den Öko-Kolonialismus wächst*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 24. September 2023

Dagmar Jestrzemski*

Um angeblich „grünen“ Wasserstoff zu produzieren, ruinieren globale Konzerne Natur- und Kulturland in Mexiko mit riesigen Windkraftparks und Solaranlagen – Doch der Widerstand feierte erste Erfolge.

==========

Mitte Juli gaben die „Tagesschau“ und der Sender NDR-Info bekannt, dass im Zuge von Mexikos Strategie für sogenannten grünen Wasserstoff ein erstes Projekt in Vorbereitung sei. Wieder einmal sind Deutschland und ein deutsches Unternehmen mit im Spiel. Das 2017 gegründete Wiesbadener Unternehmen HY2GEN AG hat zwar noch keine Praxiserfahrung mit Entwicklung, Bau und Betrieb von großindustriellen Anlagen zur Produktion von Wasserstoff und wasserstoffbasierten Produkten. Dennoch wird beabsichtigt, binnen weniger Jahre in der Nähe von Champotón im Süden von Mexiko im Bundesstaat Campeche Wasserstoff und Ammoniak für den Export „autark“ zu produzieren, womit die Nutzung von sogenanntem klimaneutral erzeugten Wind- und Solarstrom gemeint ist.

Der laut „Tagesschau“ „kleine, verschlafene Ort“ ist mit 31.000 Einwohnern immerhin die größte Stadt im Municipio Champotón. Günstig gelegen am Golf von Mexiko, profitiert Champotón mit seinen zahlreichen Hotels und Ferienwohnungen vom internationalen Tourismus wegen seiner Nähe zu den Maya-Pyramiden und spektakulären Naturwundern auf der Halbinsel Yucatán.

Typischerweise verspricht HY2GEN dem Ort und seinen Einwohnern die Schaffung von 1000 Arbeitsplätzen während des Baus der Anlagen. Die „Tagesschau“ hob die „günstige Lage“ der geplanten Wasserstoff-Fabrik direkt am Hafen hervor. Der Standort sei ideal für den Export von Wasserstoff und Ammoniak vor allem nach Europa. Zudem beinhalte das

Vorhaben die Entsalzung von Meerwasser, was angesichts des Wasserproblems in der Region „ein weiterer Vorteil“ sei.

Brutale und rücksichtslose Eingriffe

HY2GEN will 1,1 Milliarden Euro investieren, benötigt aber für die Umsetzung des „Milliarden teuren Projekts“ eine starke Unterstützung von Interessengruppen. Mexiko will laut „Tagesschau“ seine Energiewende „langfristig“ finanziell fördern. Die deutsche Bundesregierung beabsichtigt die Zuwendung „einer Milliardensumme“ ungeachtet der Möglichkeit, dass sich der grüne Wasserstoff als zu teuer für den Import erweisen könnte.

Zynisch und menschenverachtend klingt die Wortwahl der „Tagesschau“, wenn angesichts der für die Wasserstoff-Fabrik zu erbauenden gigantischen Windparks und Photovoltaik-Anlagen (PVA) kein Gedanke an die davon betroffene, überwiegend indigene Bevölkerung der Region verschwendet wird: Bald schon würden sich „um den Windmast (von Champotón) Solarpaneele und Windkraftanlagen tummeln“.

Nicht erst jetzt, da immer mehr vom zukünftigen Import von grünem Wasserstoff nach Deutschland die Rede ist, verschweigen die tonangebenden Medien die grausame Wahrheit, dass Windparks und PVA in Lateinamerika und Afrika seit jeher brutal und rücksichtslos in den Lebensräumen der ländlichen Bevölkerung mittels lokaler Handlanger durchgesetzt werden. Dasselbe gilt für den Abbau von Rohstoffen, der infolge des steigenden Bedarfs aufgrund von immer mehr Windrädern und PVA stetig zunimmt und ganze Regionen verseucht.

Investoren und Profiteure dieser Industriesektoren sind neben den regionalen Eliten jeweils Konsortien aus Europa, Kanada und den USA. Verschwiegen wird der deutschen Öffentlichkeit dementsprechend auch die für den Wasserstoff-Hub in Mexiko benötigte gigantische Anzahl von Windrädern und ausgedehnten PVA, offenbar um Irritationen im Hinblick auf unsere Vorstellung von einer umwelt- und klimafreundlichen Energiewende zu vermeiden. Das Beispiel von Lüderitz (Namibia) lehrt, dass für die Produktion von grünem Wasserstoff mindestens 650 Windräder und PVA von der Größe mehrerer Tausend Fußballfelder errichtet werden müssten und für Champotón wohl auch bereits geplant sind.

Bei ihrer Berichterstattung über das Projekt behauptete die NDRInfo-Moderatorin, dass es in Mexiko bislang noch kaum Windparks gebe. Tatsächlich gab es in Mexiko aber bereits 2022 65 Windparks, davon allein 28 auf dem windreichen Isthmus von Tehuantepec im Süden des Landes. Die Falschmeldung passt in ein Schema des Totschweigens der Hintergrundgeschichten aus dem globalen Süden, wo die Menschen seit 20 Jahren zunehmend dem auch sehr stark von Deutschland ausgehenden Öko-Kolonialismus ausgeliefert sind und es in noch viel größerem Ausmaß werden sollen.

Indigene sind besonders betroffen

Für den „autarken“ Betrieb von Wasserstoff-Fabriken müssten Windparks und PV-Anlagen von zehnfacher Größe als bislang in den Wohn- und Wirtschaftsgebieten der indigenen Bevölkerung errichtet werden. Die Zerstörung ganzer Ökosysteme und der Lebensräume von Millionen Menschen wäre eine direkte Folge. Zudem sind ein sicherer Betrieb und die Kontrolle von derart ausgedehnten Industriegebieten einschließlich der technischen Infrastruktur so gut wie ausgeschlossen. Alle dafür Verantwortlichen nehmen sträflicherweise in Kauf, dass schleichende Umweltkatastrophen durch ausgetretenes Öl und giftigen Industriemüll programmiert sind.

Allein die einschlägigen Artikel auf der Internetseite „Amerika21.de“ wären für den Sender NDRInfo hinreichend für eine wahrheitsgetreue, umfassende Berichterstattung gewesen. Auf dem Portal berichten Journalisten seit Jahren über das Leid und die Wut der Menschen in Lateinamerika über die Zerstörung ihrer existentiellen Lebensgrundlagen durch profitgierige europäische, kanadische und US-amerikanische Windkraft- und PV-Konsortien.

Proteste zeigen endlich Wirkung

So berichtete „Amerika21“ über den Kampf der Gemeinden auf dem Isthmus von Tehuantepec gegen weitere Windparks. Die Einwohner der Region litten seit mehr als zehn Jahren unter einer massiven Invasion von multinationalen Unternehmen, die Windparks errichten, so weit das Auge reicht, ohne die Rechte der lokalen indigenen und bäuerlichen Bevölkerung zu berücksichtigen.

Erstmals scheiterte im vergangenen Jahr der Bau eines Windparks auf der Landenge im Süden Mexikos am hartnäckigen Widerstand der zapotekischen Gemeinde Unión Hidalgo. Damit machten die Mexikaner erstmals die Erfahrung, dass der Kampf gegen die ausländischen Windpark-Investoren gewonnen werden kann. Für das deutsche Unternehmen HY2GEN könnte es also durchaus schwierig werden, die Industrialisierung der Landschaft und des malerischen geschützten Hafens von Champotón durchzusetzen.

Anfang Juni 2022 stand die Tochtergesellschaft von EDF Renouvelables, Eolicas de Oaxaca, kurz vor dem Beginn der Arbeiten am Windpark in Unión Hidalgo, dem vierten in dieser Region im Bundesstaat Oaxaca. 62 Windräder sollten auf einer Gesamtfläche von 4708 Hektar errichtet werden, überwiegend auf landwirtschaftlichen Flächen.

Dem Widerstand der Einwohner gab „Amerika21“ eine Stimme: „Wir sind entschieden gegen die Errichtung dieses neuen Windparks, der zynisch als ‚Gunaa Sicarù‘, ‚schöne Frau‘ bezeichnet wird, da wir wissen, dass die Windparks am Isthmus von Tehuantepec ausschließlich Energie für bestimmte multinationale Konzerne wie Coca-Cola oder Walmart produzieren. Die Erträge kommen nicht der einheimischen Bevölkerung zugute, die ironischerweise weiterhin viel Geld für ihren Strom bezahlen muss. Diese Windparks zerstören massiv und unwiderruflich die Ökosysteme

des Isthmus von Tehuantepec. Daraus resultieren Vogelsterben, Lärmbelästigung, mikroklimatische Veränderungen, Ölabfluss aus den Turbinen und das Verschwinden von Fischen und Garnelen aus der Lagune.“

Am 13. Juni verkündeten „Amerika21“ und „labournet.de“: „Die staatliche Bewilligung für den Windpark Gunaa Sicarú wurde rückgängig gemacht. Somit gilt das Projekt offiziell als gescheitert.“ Aufgrund des hartnäckigen Widerstands der betroffenen Einwohner und zusammen mit Nichtregierungsorganisationen sei es gelungenen, die Umwandlung der Landschaft in ein Industriegebiet mit weitreichendem ökologischen Schädigungspotenzial abzuwehren. Die Kündigung dieser Verträge sei ein historisches Ereignis für die Verteidigung des Landes, des Territoriums und der natürlichen Ressourcen der Agrar- und indigenen Gemeinschaften in Mexiko und dem übrigen Lateinamerika.

Wachsende Kritik auch in Afrika

Auch in Afrika werden sich Menschen gegen die Klimawende-Investoren erheben. Im Norden Kenias ahnten die Menschen 2008 nichts von ihrer geplanten Enteignung und erst recht nichts von der verheerenden Dürre, die nach der Inbetriebnahme des Lake-Turkana-Windparks (LTWP) im Norden des Landes mit 342 Windrädern ab 2019 einsetzen sollte.

Im April 2015 stellte das Portal „truthout.org“ („Heraus mit der Wahrheit!“) anlässlich des Projekts LTWP die Frage: Wer profitiert eigentlich von der Absicht der Regierung, die Energieerzeugung durch Windkraft voranzutreiben? „Wir sind 400 Kilometer nördlich von Nairobi. Dorthin soll der Windstrom geliefert werden. Einige Kilometer vor dem Areal des geplanten Windparks endet die von den Chinesen gebaute gepflasterte Straße vor dem verschlafenen Dorf South Horr. Hierher sollen die Windräder aus dem 1200 Kilometer entfernten Hafen von Mombasa transportiert werden.“

Weiter schreibt „truthout.org“: „Die Dorfältesten berichteten uns, dass LTWP-Agenten 2008 Fotos von allen Personen vor ihren Häusern gemacht hätten. Der Chief Simon beauftragte einen Dorfbewohner, die Dokumente für ihre Manyatta (Dorf der Massai) zu holen. Er brachte Papiere von LTWP mit der Überschrift ‚Lake Turkana Wind Power Limited‘. Den Text in englischer Sprache ‚Acknowledgement of Relocation of Project Affected Structures (Manyatta’s)‘ konnte niemand aus dem Dorf lesen. Jedes Papier war mit einem Daumenabdruck unterzeichnet. Was bedeutet, dass das Land jetzt nicht mehr den Massai gehört. Sie haben auch keinen Anspruch auf Entschädigung, da das Gebiet für 99 Jahre an das Lake Turkana Wind Farm Projekt verpachtet wurde.“

==========

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 4. August 2023, S.12; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzemski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : **https://www.preussische-allgemeine.de/** ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

==========

Hollywood – Amerikas Traumfabrik hat es schon lange vorhergesehen*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 24. September 2023

=======

Dagmar Jestrzemski (PAZ)*

Was uns ein Filmklassiker von 1980 über den Ursprung der Erneuerbaren Energien verrät.

=======

Los Angeles, Kalifornien, Ende der 1970er Jahre: Im Saal eines Luxushotels sitzt ein schwerreiches, vornehmes Publikum an den Tischen und lauscht der Rede des Senators Charles Stratton. Dieser beschreibt die „schwierige wirtschaftliche Lage“, in der sich das Land befinde. Gemeint waren die Auswirkungen des arabischen Ölembargos von 1973.

In der Folge war es zu Energiesparmaßnahmen und Preissteigerungen in Kalifornien und landesweit gekommen, was die oberen Zehntausend geschockt und den Bürgern der USA die verhängnisvolle Abhängigkeit der USA von den Ölimporten aus dem Nahen Osten vor Augen geführt hatte. Die gesellschaftlichen Eliten befürchteten eine ständige Verknappung des Öls auf dem Weltmarkt. Stratton schwört das Publikum auf grundlegende Änderungen ein: „In Zeiten wirtschaftlicher Einschränkungen sind es die Privilegierten, die den anderen vorausgehen sollten, sozusagen als Wegbereiter für eine neue Zeit! Wir verfügen über die technologischen Mittel und das Wissen, um unser geliebtes Vaterland aus dem Würgegriff

der fossilen Treibstoffe zu befreien.“

Ja – so wie im Film „American Gigolo“ von 1980 (deutscher Titel „Ein Mann für gewissen Stunden“, mit Richard Gere in der Hauptrolle), so muss es sich seinerzeit abgespielt haben! So wie im Film werden damals in Kalifornien infolge der Ölkrise der 70er Jahre die Pläne für eine sukzessive Umstellung der Energieversorgung von nahezu ausschließlich fossilen Energiequellen auf eine Stromproduktion durch mehr sogenannte Erneuerbare Energien (EE) geschmiedet worden sein. Kalifornien wurde Vorreiter für die USA.

Mit der Filmfigur des Senators Stratton spielte der Regisseur Paul Schrader auf den kalifornischen Gouverneur Jerry Brown und seine radikale energiepolitische Wende an. Brown gilt als Wegbereiter der „Clean Energy Revolution“ in Kalifornien. Obwohl Demokrat, behielt Brown während seiner Amtszeit von 1975 bis 1983 eine fiskalpolitisch neoliberale Ausrichtung bei. Wer dem Ursprung der großtechnischen Anwendung und des forcierten Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik (PV) nachforschen möchte, halte sich an den bewährten Spruch: Folge der Spur des Geldes.

Hauptziel: Geld verdienen

Brown verstand, dass die Pläne für die Einführung der Strom- und Kraftstoffgewinnung aus alternativen Energiequellen in den Ohren der Ölmagnaten und Superreichen unerhört klingen mussten. Derartige Pläne waren aber nur mit Akzeptanz großer Teile der wohlhabenden Eliten und mit deren Zuversicht durchführbar, auch aus den EE einträgliche Gewinne zu ziehen. Jahrzehntelang hatte die privilegierte Oberschicht ihre Vermögen stetig wachsen sehen. Während der Ölkrise wurden jedoch erhebliche Verluste verzeichnet. Das Wirtschaftswachstum der USA schrumpfte wegen der hohen Staatsverschuldung und wegen des Vietnamkriegs, während Arbeitslosigkeit und Inflation stiegen. Unterdessen entwickelte die NASA erste Modellanalysen, um die Leistung von Windkraftanlagen durch den Entzug von kinetischer Energie bei hohen Windstärken zu berechnen.

Mit Appellen an den Patriotismus und mit kolossalen Steuergeschenken von 55 Prozent im Gegenzug für Investments in Windkraft, Solarenergie, Geothermie und Biomasse holte Brown Reiche und Energiekonzerne mit ins Boot. Sein Steuersparmodell lief erst 2012 aus. Ergänzend dazu wurde in den USA 1978 mit dem Public Utility Regulatory Policies Act (PURPA) ein staatliches Programm zur Förderung dezentraler Stromnetze auf Grundlage „regenerativer Energien“ auf den Weg gebracht. Infolgedessen gab Kalifornien als erster Staat der USA den Anstoß zum Ausbau der Windenergie, beginnend mit zehn Megawatt im Jahr 1981 bis auf 20,5 Gigawatt Anfang 2023. Seither genießen die Profiteure der Energiewende via Politik diese Art der Umverteilung von Vermögen in die eigenen Taschen.

Neben der Verringerung der Luftverschmutzung in Los Angeles war in den Pionierländern der Windkraftnutzung Kalifornien, Dänemark und Deutschland die Erkenntnis der Endlichkeit vieler natürlicher Ressourcen ein zentraler Auslöser für deren Etablierung. Browns vorrangige Motivation für die neue Energiepolitik aber war eine Reduzierung der Energieabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Ölimporten. Die Schlagworte Klimaschutz, Klimaziele, CO_2-Neutralität und Net-Zero waren noch nicht in der Welt, geschweige denn an der Tagesordnung, als Browns Steuersparmodell in Kalifornien bereits jahrelang betrieben wurde.

Erst in den 90er Jahren wurde die Idee des Klimaschutzes durch Einsparung von CO_2-Emissionen als Argument für einen forcierten weltweiten Ausbau der EE verkündet. Als Urheber dieser Weisung gilt der Weltklimarat IPCC, gegründet 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO). Die historische Bezeichnung „Erneuerbare Energien“ übertrug das IPCC auf moderne Technologien und Dimensionen einer Stromerzeugung aus Wind und Licht, die um 1900, als der Begriff in den USA erstmals verwendet wurde, fernab jeglichen Vorstellungsvermögens waren.

Wissenschaft wurde übergangen

Damit erhob das IPCC den physikalischen Unsinn in der Bezeichnung „Erneuerbare Energien“ zu einer Art von neuer physikalischer Wahrheit und setzte sich über die Gesetze der Thermodynamik und der Strömungslehre hinweg, als seien diese ausgehebelt. Dieser Trick ist vergleichbar mit der Schaffung von Sonderhaushalten bei der Finanzplanung in der Politik. Wie nicht anders zu erwarten, traten in den Regionen mit starkem Windenergie-Ausbau Veränderungen der Wetter- und Klimasysteme in Erscheinung. Die Wetterextreme, anhaltende Dürren, stark reduzierte oder extreme Niederschläge, entsprechen erschreckend genau den Erkenntnissen Dutzender hochkarätiger wissenschaftlicher Studien. Vergleichende Beobachtungen stützen die Studien. Vor kontinentübergreifenden und möglicherweise irreversiblen Veränderungen der Klimasysteme infolge des Entzugs von kinetischer Energie durch ausgedehnte Windparks warnte bereits 2004 der spätere Harvardprofessor David W. Keith in seiner ersten Studie mit dem Titel „The influence of large-scale wind power on global climate“.

Staatsverschuldung ausgeblendet

Nach dem Segen durch das IPCC begann das Geschäftsmodell der Windkraft und mit einigem Verzug auch die PV zu florieren. Dabei war unbedingt mit schwerwiegenden meteorologischen Auswirkungen infolge eines exponentiellen Ausbaus der EE zu rechnen. 1961 hatte Edward Lorenz den Schmetterlingseffekt in die Chaostheorie eingebracht und damit bestätigt: In den Naturwissenschaften gilt das Prinzip der Kausalität – aus gleichen Ursachen entstehen gleiche Wirkungen.

In Kalifornien beschleunigte sich seit den 1990er Jahren die Erwärmung

merklich. Anfang der 2000er Jahre stellten sich von Kalifornien bis Oregon jahrelang anhaltende Dürren und zunehmende Wassernot ein, was wiederum ungeprüft auf „den Klimawandel“ zurückgeführt wird. Oregon wird in immer größeren Gebieten zur Wüste.

„Das reichste Land der Erde ist auch reich an Armut. USA: Krieg gegen die Armen“, titelte der „Spiegel“ am 9. Januar 1983. Am Zustand der extremen sozialen Spaltung in dem gemessen am Bruttoinlandsprodukt reichsten Land der Welt hat sich bekanntlich nichts geändert. Nicht zuletzt sind die gesellschaftlichen Verwerfungen der permanenten staatlichen Förderung der EE geschuldet.

Trotz der hohen Staatsverschuldung der USA werden weiterhin gigantische Summen an den grünen Sektor und seine Verbündeten wie Banken, Energiekonzerne, Investoren und Fonds umverteilt, Gelder, die für notwendige Infrastrukturmaßnahmen fehlen oder direkt für die Bekämpfung der Armut im Land. So verlängerte der US-Kongress Anfang Januar 2021 die Laufzeit zweier Förderprogramme für Erneuerbare-Energien-Projekte. Präsident Joe Bidens neues billionenschweres Infrastrukturpaket „American Inflation Reduction Act“ (AIR) knüpft direkt daran an.

Ohne staatliche Finanzierung wäre die Stromerzeugung durch immer mehr und immer größere Wind- und Solarindustrieanlagen völlig unwirtschaftlich, nicht zuletzt im Hinblick auf das verdrängte Recyclingproblem. Zumal diese Industrien die Ökosysteme mit ihren Lebewesen an Land und im Meer immer stärker verletzen und die Atmosphäre künstlich aufheizen, wobei jede einzelne Anlage von gigantischen Ausmaßen sowie gewaltigem Rohstoffbedarf bei unverhältnismäßig kurzer Nutzungsdauer ist. Was als preiswert und klimafreundlich angepriesen und den Bürgern oktroyiert wird, hat sich als klima- und umweltschädlich und sehr teuer erwiesen.

Schwerer Eingriff in die Natur

Mit der vom IPCC eingeforderten Net-Zero-Politik wurde genau das Gegenteil von dem erreicht, was behauptet wird. Dieses Handeln gleicht einem kollektiven Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Die Verantwortlichen des IPCC sollten für ihre Insinuierung einer schadlosen Gewinnung von Energie aus dem Nichts zur Rechenschaft gezogen werden.

In diesem „Nichts“ arbeitet ein biogeochemisches Kraftwerk an der Funktion der Wasserkreisläufe im System Erde/Atmosphäre. „Wenn wir als Menschen hier eingreifen, um uns das Leben leichter oder bequemer zu machen, indem wir die ‚Erneuerbare Energie‘ nutzen, verändern wir die bisherigen natürlichen Arbeitsprozesse. Der veränderte Arbeitsprozess ist nicht erneuerbar oder umkehrbar. Die Arbeit, die gestern gemacht wurde, wird nicht in der Nacht annulliert, sondern die Zustandsänderung ist unumkehrbar.“ Diese Warnung erteilt der vielfach ausgezeichnete Diplomingenieur und Energieberater Jürgen A. Weigl aus Graz.

Furcht um das Finanzsystem

Es ist durchaus möglich, dass unterrichtete Kreise vor einer Abkehr von der Net-Zero-Politik allein deshalb warnen, weil daraufhin ein Kollaps der Finanzmärkte erfolgen könnte. Investitionen nach vermeintlich sozial-ökonomischen Kriterien sind eine tragende Säule des global vernetzten Finanzsystems. Diese Investitionen werden durch Bewertungssysteme für Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environmental, Social, and Governance, ESG) getriggert.

ESG ist das wohl größte und wirkmächtigste Wirtschaftskartell in der Geschichte des globalen Finanzkapitalismus. Sein Erfolg beruht auf der raffiniertesten Lüge in der Menschheitsgeschichte: Dass sie über den Schlüssel zur Rettung des Planeten verfügten. ESG verschafft den Geldanlegern jedoch keine realistische Orientierung und verstärkt immer mehr die neokoloniale Ausbeutung der Länder des globalen Südens. Erste Anzeichen deuten darauf hin, dass sich diese Erkenntnis allmählich durchsetzen könnte.

==========

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 24. Juli 2023, S.12; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzemski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : **https://www.preussische-allgemeine.de/** ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

==========